

## **Diktatur der Finanzmärkte, EU-Krise und Widerstand**

Herrschaft des Finanzkapitals; EU-Wirtschaftsregierung; Geschlechterdemokratie; Griechenland unter Troika-Diktat; EU-Verfassungspolitik; Unternehmensgewinne und Staatsschulden; Gewerkschaften und Eurokrise; Reichtum und Armut; Finanztransaktionssteuer; EU-Rohstoffpolitik; EU-Beitritt und Souveränität

J. Bischoff, A. Scheele, K. Dräger, G. Kritidis,  
G. Kassimatis, H.-J. Bieling, W. Vontobel, R. Herzog,  
H. Schäppi, V. Pedrina, N. Imboden, R. Erne, U. Mäder,  
P. Wahl, P. Niggli, G. Trepp, H.-J. Fehr

## **Diskussion**

R. Bossart: Atheismus und Religionskritik  
C. Goll: Gewalt gegen Frauen  
H. Schui: Zukunft der Wirtschaftsdemokratie  
P. Angele et al.: Gewerkschaftliches Organizing

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

216 Seiten,  
Einzelheft: Fr. 25.– / € 16.–  
Abonnement (2 Hefte): Fr. 40.– / € 27.–

zu beziehen im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH  
Postfach  
CH - 8031 Zürich  
Tel. / Fax +41 44 273 03 02  
vertrieb@widerspruch.ch  
www.widerspruch.ch

## Diktatur der Finanzmärkte, EU-Krise und Widerstand

Editorial	3
Joachim Bischoff Herrschaft der Finanzmärkte. Die Finanzkrise erfasst Wirtschaft und Gesellschaft	5
Alexandra Scheele Die Stunde der Technokraten. Geschlechterdemokratische Defizite der gegenwärtigen Krisenpolitik	13
Klaus Dräger Europäische Wirtschaftsregierung. EU auf dem Weg zum „Deutschen Europa“?	21
Gregor Kritisidis Griechenland unter dem Diktat der Troika. Erosion des politischen Systems, Massenmobilisierung und Demokratiebewegung	37
Giorgos Kassimatis EU verstösst gegen demokratische und europäische Rechtskultur. Zum Kreditabkommen der Troika mit Griechenland	49
Hans-Jürgen Bieling EU-Verfassungspolitik und Wirtschaftsregierung. Krisenkonstitutionalismus gegen Volkssouveränität und Demokratie	61
Werner Vontobel Unternehmensgewinne zerstören das Finanzsystem	71
Roland Herzog / Hans Schäppi Gemeinsam für eine globale Transformation. Strategien gegen das Finanzkapital	77
Vasco Pedrina Gewerkschaften und die Euro-Krise. Zwischen nationalem Rückzug und europäischer Gegenoffensive	89
Natalie Imboden / Roland Erne Allgemeinverbindliche Tarifverträge gegen Sozialdumping. Erfahrungen aus Europa	101
Ueli Mäder Reichtum und Armut. Vermögensentwicklung in Europa und in der Schweiz	111
Peter Wahl Durchbruch für die Finanztransaktionssteuer. Das Gesetzgebungsverfahren zur EU-Direktive ist gestartet	117

Peter Niggli EU-Rohstoffpolitik und ihre geostrategische Stossrichtung	125
Gian Trepp Metropolitanwirtschaft. Neuanfang aus den Trümmern des Finanzkapitalismus	135
Hans-Jürg Fehr EU-Beitritt heisst Souveränitätsgewinn	141
<b>Diskussion</b>	
Rolf Bossart Der Glaube der anderen. Der vulgäre Atheismus und der Niedergang der Religionskritik	153
Christine Goll Gewalt gegen Frauen. (Noch) ein Politikum in der Schweiz?	165
Herbert Schui Wirtschaftsdemokratie als Perspektive	171
Patrick Angele / Adrian Durtschi / Tanja Walliser Organizing in der Schweiz. Wie aus Gewerkschaften eine Bewegung wird	181
<b>Marginalien / Rezensionen</b>	
Sebastian Wolff / Jens Wissel Kämpfe um die institutionelle Struktur der EU. Tagung der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG)	189
Bernd Röttger Kapitalismus, Hegemoniekrise und neue Landnahme. Zu den fünften Braunschweiger Gramsci-Tagen 2011	193
WIDE-Arbeitsgruppe Arbeit & Gender / Lilian Fankhauser GENDER MACHT ARBEIT: Zur Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse aus Sicht der Care-Ökonomie	196
Mark Herkenrath über Nicolas Shaxson: Schatzinseln. Wie Steueroasen die Demokratie untergraben	200
Stephan Tschirren über Erklärung von Bern (Hg.): Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz	203
Fabian Saner über Oliver Marchart: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy et al.	205
Zeitschriftenschau	209
Autorinnen und Autoren	215



## Editorial

Nach der Finanzkrise 2008 hatte man erwartet, dass die Banken mit harten Auflagen reguliert und in ihrer Macht beschränkt würden. Doch drei Jahre später hat das internationale Finanzgeschäft seine unkontrollierte Dynamik längst wiedergewonnen, und die Ungleichgewichte zwischen Real- und Finanzwirtschaft vergrössern sich weiter. So auch in der EU, wo zudem das Gefälle der „Wettbewerbsfähigkeit“ unter den Mitgliedstaaten massiv zugenommen hat – die Spaltungen im „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ sind unverkennbar im Gange, es droht die Auflösung der Euro-Union. Angela Merkel, Bundeskanzlerin des „Exportweltmeisters“ Deutschland, liess sich zur schicksalhaften Warnung hinreissen: „Scheitert der Euro, scheitert die EU“. Mit anderen Worten: Können die Schuldnerländer ihre Euro-Schulden nicht mehr bedienen, so verliert die EU aus Sicht der „starken“ Ökonomien ihre wirtschaftliche Triebfeder und Existenzbasis. So rangen denn all die EU-Gipfeltreffen im Jahre 2011 um die Lösung der „Euro-Schuldenkrise“ mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit der Schuldner kurzfristig sicherzustellen.

Zu tun haben wir es mit „einer Diktatur der Finanzmärkte, die Politik hechelt den Vorgaben der Finanzindustrie nur noch hinterher. Die Parlamente sind entmachtet“ (Oskar Lafontaine). Ihr nationales Haushaltsrecht wird untergraben, ihre Souveränität entscheidend verletzt. Unter dem Druck der Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) haben im Herbst 2011 mit Lucas Papademos in Griechenland und Mario Monti in Italien nichtgewählte „Statthalter der Euro-Finanzmärkte, des Bank- und Industriekapitals“ (Oliver Nachtwey) die Macht übernommen. „Weniger Demokratie tut den Pleitestaaten gut“, kommentierte die *Financial Times*.

Damit die hochverschuldeten Länder aber nicht pleitegehen, so der „Wirtschaftsweise“ Peter Bofinger, müsste die Europäische Zentralbank das Finanzsystem mit Euro-Bonds stabilisieren und wären die nationalen Budgets durch das Europäische Parlament zu kontrollieren. Denn die derzeit fließenden Gelder aus dem Euro-Rettungsfonds EFSF hindern die Rating-Agenturen und Banken nicht daran, weiterhin gegen die wirtschaftliche Stabilität von Staaten und Währungen zu spekulieren und dadurch die Krise der Währungsunion zu verschärfen. Pragmatische Lösungen weist jedoch der finanzkapitalistische Mainstream heute weit von sich. Ein umfassender Schuldenschnitt ist nicht geplant. Rudolf Walther erinnert zurecht daran, dass der öffentliche Diskurs von „Verschuldung“ und „Rettung“ eine gleichsam theologische Dimension hat, wie sie Karl Marx im Jahre 1867 bereits beschrieben hat: „Und mit dem Entstehen der Staatsverschuldung tritt an die Stelle der Sünde gegen den heiligen Geist, für die keine Verzeihung ist, der Treubruch an der Staatsschuld.“

Der Sünde vergangener „Masslosigkeit“ folgt die wirtschaftliche und soziale Strangulierung der hochverschuldeten Länder. „Wer Gelder aus dem Euro-Rettungsfonds bezieht, bekommt das (...) Regierungsprogramm gleich mitgeliefert“ (Ingo Schmidt). Willfähige Eliten setzen die Austeritätsmassnahmen um – mit drastischen Folgen für die einkommensschwachen Bevölkerungsmehrheiten und für die Care-Ökonomie (Massenentlassung, Lohnsenkung, Steuererhöhung, Sozialabbau, Privatisierung), ebenso für die lokalen Wirtschaften, deren Wachstumsbasis zerfällt. Dagegen richten sich anhaltende Proteste, und demokratische Bewegungen bauen Widerstandsdispositive auf, vielerorts auch ausserhalb der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Während die meisten Regierungs- und Oppositionsparteien in der Europapolitik zerstritten sind, gewinnt die aggressive EU-Feindschaft rechtspopulistischer, rechtsnationaler und neofaschistischer Parteien an Boden. Durch Europa zieht sich „ein Riss, weniger zwischen Nationen als zwischen oben und unten, reich und arm. Solidarität, die Waffe der sozial Schwachen, ist stumpf geworden“ (Elmar Altvater).

Die Euro-Krise treibt den Kurs des Schweizer Frankens in die Höhe, was den Finanzplatz und die Spekulationsgeschäfte der Grossbanken beflügelt, dem Industrie- und Dienstleistungsstandort aber schadet und tausende Arbeitsplätze gefährdet. In der Kritik stehen die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank und halbherzige „Hilfspakete“ des Bundesrats. Seit Beginn der Euro-Krise melden sich rechtsbürgerliche EU-Gegner/innen vermehrt zu Wort und verschärfen ihre Kritik an der „EU-Bürokratie“, an der „Fehlkonstruktion Euro“. Obschon die exportorientierten Teile der Wirtschaft jahrelang von der Kaufkraft des EU-Binnenraums, von Einheitswährung, vereinfachter Produkteanerkennung und Personenfreizügigkeit profitiert haben, schrumpft der Kreis der dezidierten Befürworter/innen einer vertraglichen Zusammenarbeit mit der EU – geschweige denn eines EU-Beitritts der Schweiz. Auf die Tatsache, dass die Akzeptanz der bilateralen Verträge im EU-Raum sinkt, findet die politische Klasse keine Antwort. Solidarität mit den vom Austeritätsdiktat betroffenen Bevölkerungen ist in der Medienöffentlichkeit kaum ein Thema. Stattdessen dominieren kleinräumige Problemlösungen: Parteien überbieten sich mit Bekenntnissen zur „Schweiz“, zur „Heimat“. Derweil Wirtschaftsunternehmen ihre Währungsverluste auf die Beschäftigten abwälzen, mit Lohnkürzungen, längeren Arbeitszeiten und Entlassungen.

Die Beiträge dieses Themenschwerpunkts beleuchten ausgewählte Aspekte der aktuellen Krisendynamik: internationale Finanzmärkte, Finanztransaktionssteuer und Rohstoffgeschäft; EU-Wirtschaftsregierung und EU-Verfassung; Reichtum und Verarmung, Geschlechterdemokratie und Gewerkschaftspolitik in Europa und der Schweiz. Neben kritischen Analysen skizzieren sie Ansätze zu Gegenstrategien. Im Diskussionsteil intervenieren Beiträge in aktuelle Debatten.

Vasco Pedrina

## Gewerkschaften und die Euro-Krise

### Zwischen nationalem Rückzug und europäischer Gegenoffensive

Die neoliberalen Rezepte, die von der EU-Behörde und in den meisten EU-Mitgliedstaaten angewendet werden, um die Euro-Krise in den Griff zu bekommen, erhöhen die Gefahr, nicht nur das Projekt „soziales Europa“ zu untergraben, sondern den bisherigen europäischen Integrationsprozess insgesamt aufs Spiel zu setzen. Davon bleibt die Schweiz nicht verschont, wie die Folgen des überbewerteten Schweizer Frankens zeigen. Es ist ein Teufelkreis: Die schrittweise verschärften Sparprogramme, die als „Gegenleistung“ für Hilfspakete des EU/IWF-Rettungsschirms im Rahmen des „Paktes für den Euro“ verordnet werden, führen zu einer noch nie dagewesenen sozialen Härte, ohne dass dadurch die exzessiven Haushaltsdefizite und die öffentliche Schuldenlast gemildert werden. Das Gegenteil trifft zu, wie K. Busch und D. Hirschel prognostiziert haben: „Die strikteste Haushaltsdisziplin verpufft, wenn die Volkswirtschaft nicht wächst. Folglich wird ein verschärfter Stabilitätspakt sich erneut als Irrweg erweisen“.<sup>1</sup>

### Sozialabbau und Angriff auf die Arbeitnehmendenrechte

Die nationalen Sparprogramme haben vor allem in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) sowie in mehreren mittel- und osteuropäischen Ländern wie Rumänien, Litauen oder Ungarn ein präzedenzloses Ausmass angenommen: Streichung von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen, insbesondere in den öffentlichen Diensten; starke Kürzung der Löhne im öffentlichen Dienst mit entsprechender Signalwirkung für den privaten Sektor; Kürzung der bereits tiefen gesetzlichen Mindestlöhne; Senkung der Renten und Erhöhung des Rentenalters; Kürzungen bei der Arbeitslosenentschädigung, Sozialhilfe und Familienunterstützung; Abbau beim „Service public“ und bei den öffentlichen Infrastrukturen.

Weniger bekannt sind die Angriffe auf die Arbeitnehmendenrechte, die unter gängigen Begriffen wie „Arbeitsmarktreformen“ oder „Arbeitsflexibilisierung“ laufen. Werfen wir einen Blick auf Griechenland, das bereits das 5. Sparprogramm seit dem Ausbruch der Krise Anfang 2010 beschlossen hat und, wie der Präsident der Republik K. Papoulias treffend sagte, Opfer der bodenlosen Forderungen der Troika (EU-IWF-EZB)<sup>2</sup> geworden ist. Die griechischen Gewerkschaften haben nicht nur gegen eine Arbeitslosigkeit zu kämpfen, die sich innerhalb von 2 Jahren mehr als verdoppelt hat (22 Prozent; Jugendarbeitslosigkeit 42.5 Prozent!); sie sind auch mit

der Tatsache konfrontiert, dass in den letzten 12 Monaten mehr als 100 Gesetzesänderungen in verschiedenen sozialpolitischen Vorlagen durchgesetzt wurden. Unter dem Deckmantel der „strukturellen Anpassungen“ des Arbeitsmarktes sind Massnahmen beschlossen worden, welche die Autonomie der Sozialpartner tangieren, da der Staat Einfluss nimmt auf die Lohnpolitik und die Tarifpolitik dezentralisiert wird.

Die Troika hatte schon im Februar 2011 durchgesetzt, dass die Branchen-Tarifverträge suspendiert<sup>3</sup> und die Türe für Sondervereinbarungen auf Betriebsebene geöffnet werden, was eine Verschlechterung der Löhne und Arbeitsbedingungen zur Folge hatte. Ausserdem wurde ein neuer antigerwerkschaftlicher Artikel gesetzlich eingeführt, der den Unternehmungen mit 10 bis 40 Beschäftigten, d.h. der Mehrheit der Betriebe, erlaubt, Betriebsvereinbarungen mit internen „Vereinigungen von Beschäftigten“ abzuschliessen. Nachdem die neue Forderung der Troika zur Abschaffung des – in der Verfassung verankerten – interprofessionellen Tarifvertrags zu einer regelrechten sozialen Revolte geführt hat, haben sich die Regierung Papandreou und die Troika geeinigt, die Branchen-Tarifverträge (die für 75 Prozent der Beschäftigten im privaten Sektor gelten) nicht mehr als obligatorisch zu erklären. Auch der Mechanismus der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge wurde abgeschafft. Der Angriff auf die Branchen-Tarifverträge hat schon Anfang 2011 begonnen und wird nun verschärft.

Was die Arbeitnehmendenrechte in Spanien anbelangt, sind vor allem zwei von der Troika diktierte Gesetzesänderungen von grosser Tragweite: Einerseits eine „Öffnungsklausel“ beim Tarifvertragssystem, welche den Unternehmungen erlaubt, Vereinbarungen auf Betriebsebene abzuschliessen, welche die Regelungen des Branchen-Tarifvertrags unterschreiten dürfen; andererseits wurde das System der „delegados sindical“ stark geschwächt. In mehreren Regionen ist die Erosion dieser Arbeitnehmersvertretung, die besonders wichtig für die sozialen Kräfteverhältnisse in einem Land mit schwachem Organisationsgrad ist, voll im Gange.

In Italien hatte sich die alte Regierung Berlusconi unter dem zunehmenden Druck der Finanzmärkte in einem Brief an die EU verpflichtet, rasch eine weitere drastische Sparrunde in Angriff zu nehmen; Montis technokratische Regierung wird diesen Druck nochmals erhöhen. Neben neuen Massenentlassungen im öffentlichen Sektor ist vorgesehen, den individuellen und kollektiven Kündigungsschutz sowohl im öffentlichen wie im privaten Sektor stark zu flexibilisieren („licenziamento facile“), die normalen Arbeitsverhältnisse zu schwächen und im Gegenzug Anreize zur Förderung von prekären Arbeitsverhältnissen (Arbeit auf Abruf, Teilzeitarbeit) einzurichten. Mit dem Austritt aus dem Arbeitgeberverband „Confindustria“ und dem Abschluss eines Firmenvertrags mit zwei der drei Gewerkschaftsbünde (UIL und CISL) hat ausserdem der Fiat-Konzern von CEO Marchionne die Dezentralisierung der Tarifpolitik auch in Italien gemäss EU- und EZB-Anforderungen eingeleitet; und dies trotz erbitterten

Widerstands des kämpferischen Teils der Gewerkschaftsbewegung, vor allem der CGIL.

In Rumänien haben Regierung und Parlament vor ein paar Monaten zwei wichtige soziale Gesetze geändert: das Arbeitsgesetz und das Gesetz zum sozialen Dialog; dies vor allem unter dem Druck des „Rats der ausländischen Anleger“ und der „Amerikanischen Handelskammer“, aber auch der EU. Der makroökonomische Dialog wurde weitgehend beseitigt. Von den bisherigen drei Ebenen der Tarifpolitik wird die erste Ebene, d.h. der nationale interprofessionelle Tarifvertrag, kurzerhand abgeschafft. Auf Branchenebene können Tarifverträge ab dem 1.1.2012 nur noch ausgehandelt werden, wenn mehr als 51 Prozent der Arbeitgeber in einem Arbeitgeberverband organisiert sind (die Anzahl der organisierten Arbeitnehmenden zählt nicht), was in Rumänien praktisch nirgends der Fall ist. Auf der dritten Ebene bestehen neu folgende Hindernisse für die Gewerkschaften: Einerseits können die einzelnen Unternehmungen mit internen unternehmensabhängigen Personalvertretungen Tarifverträge abschliessen; andererseits sind die Gewerkschaften nur tariffähig, wenn sie im Betrieb – wie in den USA – mehr als 51 Prozent der Beschäftigten organisieren, was selten vorkommt. Vor diesem Hintergrund ist eine weitgehende Liquidation der Tarifverträge absehbar. Damit ist auch das Überleben der Gewerkschaften in manchen Branchen in Frage gestellt.

Nur in den wenigen Branchen, die wie der Bausektor ein System von paritätischen „Sozialkassen“ (paritätischen Fonds) kennen, können die Gewerkschaften hoffen, noch weiterhin eine gewisse politische Bedeutung beizubehalten. Diese „Krankheit“, um mit den Worten eines rumänischen Gewerkschaftspräsidenten zu reden, verbreitet sich derzeit in mehreren Staaten Mittel- und Osteuropas, so in der Slowakei, Tschechien und den baltischen Staaten. Und in Ungarn ist trotz der laufenden Proteste die rechtsnationalistische Regierung Orban sogar daran, die rechtsstaatlichen Fundamente der Demokratie zu unterminieren. Nach dem Mediengesetz steht zurzeit das Arbeitsrecht unter Beschuss. Die soziale Sicherheit von Arbeitnehmenden sowie die Anerkennung und die Verhandlungsfähigkeit von Gewerkschaften bzw. die Koalitionsfreiheit sollen massiv beschnitten werden, was im krassen Widerspruch zu den europäischen sozialen Rechten steht, die in den Lissabonner Verträgen verankert sind. Diese Beispiele zeigen hinreichend, wie dramatisch die Lage für die europäische Gewerkschaftsbewegung ist, vor allem in den am meisten von der Krise betroffenen Ländern.

### **„Economic governance“ als Rechtsgrundlage des Sozialabbaus**

Die Basis für den massiven und systematischen Angriff auf Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmendenrechte liefert das sogenannte „Six Pack“, ein Paket von sechs Verordnungen und Richtlinien, auf welche sich

die neue „economic governance“ (EU-Wirtschaftsregierung) stützen wird. Im Wesentlichen geht es darin um eine stärkere Überwachung der nationalen Wirtschafts- und Budgetpläne, um strengere Defizitregeln des Stabilitätspaktes sowie um den Abbau von Ungleichgewichten bei der Wettbewerbsfähigkeit. Und es werden stärkere Strafmassnahmen gegen Mitgliedstaaten ausgesprochen, welche die Vorgaben nicht einhalten.

Aus gewerkschaftlicher Sicht besonders schwer wiegt das Verfahren zur Bekämpfung der makroökonomischen Ungleichgewichte (Excessive Imbalances Procedure). Das Auseinanderdriften der Leistungsbilanzsalden zwischen extrem exportorientierten Ländern wie Deutschland oder Finnland und „Defizitländern“ wie den PSIIG-Staaten wird nicht etwa dadurch bekämpft, dass Deutschland die langjährige restriktive Lohnpolitik und den Sozialabbau (Agenda 2010) aufgibt, sondern indem der deutsche Weg den Defizitländern in extrem verschärfter Form diktiert wird. Und dies obschon in keinem dieser Länder „die Löhne stärker als die Marge aus Inflationsrate und Produktivitätswachstum gestiegen sind. Die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Südländer soll durch eine Anpassung der Lohn- und Produktivitätsentwicklung erreicht werden. Steigende Lohnstückkosten bedeuten danach einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, also sollen in den betreffenden Ländern die Löhne gesenkt werden oder nicht mehr steigen“. <sup>4</sup> Ausserdem werden Vorgaben für weitere Arbeitsmarkt- und Steuerreformen definiert, um den Faktor Arbeit zu entlasten, das Pensionsalter der Lebenserwartung „anzupassen“ und Vorruhestandsregelungen einzuschränken.

Das einzige, was der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) in den parlamentarischen Verhandlungen zu diesem „Six Pack“ durchsetzen konnte, war die Verankerung der bis vor kurzem geltenden Regeln der Tarifautonomie der Sozialpartner und der durch die EU zu respektierende nationalen Praxis bezüglich Lohnbildung. Leider zeigt die politische Entwicklung der letzten Monate in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien, dass die EU und ihre Troika solche hehren Prinzipien – allen Beteuerungen zum Trotz – mit Füßen treten.

### **Gewerkschaftsbewegung zwischen Lähmung und Befreiungsschlägen**

In Anbetracht der massiven und koordinierten Angriffe gegen die Arbeitnehmenden und Rentner/innen und gegen ihre Rechte fragt man sich, wieso es bis jetzt nicht möglich war, eine machtvolle europäische gewerkschaftliche Protestbewegung auf die Beine zu stellen. Die Anzahl der Demonstrationen, Branchen- und Generalstreiks hat zwar in zahlreichen Ländern stark zugenommen; aber gerade wegen der zentralen europäischen Steuerung der Angriffe war ihre Wirksamkeit begrenzt. Mit vier europäischen Aktionstagen innerhalb von zwei Jahren hat der EGB parallel versucht, Gegensteuer zu geben; aber wesentlich mehr als symbolische Bedeutung hatten diese Aktionstage nicht. Dies auch deshalb, weil die wegen

der Krise geschwächten Gewerkschaften sich ganz auf den Widerstand im nationalen Rahmen konzentriert haben. Diese Einschätzung der Lage wird im Rahmen des EGB allgemein geteilt.

Aber diese Erklärung greift zu kurz. Werfen wir deshalb einen Blick auf die Debatten zum wirtschaftspolitischen Kurs des EGB sowie auf jene zur Bewegungsführung, um sich ein besseres Bild der Lage und der Handlungsspielräume in dieser ganz schwierigen Phase der Krise zu machen. Es stossen, vereinfacht gesagt, zwei Strömungen aufeinander. Die eine plädiert für eine Strategie der „Renationalisierung der Politik“, des Rückzugs. Diese Strömung vertritt die These, dass sich die EU auf einem perspektivlosen ultraliberalen und antisozialen Weg befindet. Die linken Exponenten solcher Positionen finden sich de facto im gleichen Lager wie die Konservativen, die wie ihre Basis für die nationale Abschottung plädieren. Die andere Strömung vertritt eine „Vorwärtsstrategie“, die auf die Europäisierung der sozialen Kämpfe setzt und den einzigen Ausweg aus der Krise in einem qualitativen und quantitativen politischen Sprung und in der Mobilisierung in Europa sieht.

Diese Debatten werfen ein Schlaglicht auf die gelebte Solidarität in den eigenen Reihen. Deutlich wird dies an der laufenden Auseinandersetzung zur gewerkschaftlichen Forderung einer Ausgabe von Eurobonds. In seinem alternativen Wirtschaftsprogramm plädiert der EGB für die Umsetzung eines sozialen und ökologischen „New Deal“, der u.a. die Einführung von „Eurobonds“ beinhaltet, um der Finanzspekulation gegen einzelne Länder ein Ende zu setzen und – zusammen mit einer Finanztransaktionssteuer – den Weg für eine Investitionsoffensive zu öffnen. Die Idee, die Euro-Zone mit der Ausgabe von Eurobonds, mit Transfers zugunsten des europäischen Budgets und mit Mitteln aus den Strukturfonds wieder ins Gleichgewicht zu bringen, ist indessen in den reichen Ländern Europas nicht populär.

### **Eurobonds – pro oder kontra?**

Obwohl der EGB-Kongress von Athen (Mai 2011)<sup>5</sup> das alternative Wirtschaftsprogramm verabschiedet hat, bleibt die Frage der Einführung von Eurobonds höchst umstritten. Die nordischen Gewerkschaften wenden sich entschieden dagegen. Sie argumentieren, dass die Konsequenzen eines solchen Schritts bisher nicht genügend analysiert wurden. Sie befürchten, dass mit den Eurobonds der Druck in Richtung einer gemeinsamen Fiskal- und Wirtschaftspolitik noch zunehmen würde; und dies mit der negativen Konsequenz, dass sich die EU in die Tarif- und Lohnpolitik der einzelnen Ländern einmischen würde, was ihr „Nordisches Sozialmodell“ in Frage stellte. Die Befürchtung ist nicht ganz unbegründet. Das Problem ist nur, dass die EU schon heute die Tarifautonomie und die nationale Autonomie bei der Lohnfindung missachtet.

Auch befürchten unsere nordischen Kollegen/innen, dass die „Vergemeinschaftung“ der Schulden via Eurobonds den Druck auf die Haushaltsdisziplin der in Schwierigkeiten geratenen Länder reduzieren würde. Die Gewerkschaften aus den Südländern plädieren hingegen mit Leidenschaft für eine rasche Ausgabe von Eurobonds. Aus ihrer Sicht geht es nicht nur um die Solidarität der „Überschussländer“ mit den Ländern mit negativen Leistungsbilanzsalden. Der wirtschaftliche Zusammenbruch im Süden Europas hätte unvermeidlich sehr negative Auswirkungen auf die mittel- und nordeuropäischen Länder. Die Eurobonds sollten ihrer Ansicht nach das Schlüsselement einer Strategie zur Wiederankurbelung des europäischen Integrationsprozesses und des „sozialen Europa“ sein.

In dieser Debatte zielen die deutschen Gewerkschaften auf einen Mittelweg: Einerseits anerkennen sie, dass es ohne Eurobonds nicht möglich sein wird, die Euro-Zone aus der Sackgasse zu führen, weil die „Defizitländer“ sich nicht mit Anleihen zu anständigen Zinssätzen finanzieren könnten. Andererseits werfen sie die Frage auf: Was wird passieren, wenn die Finanzmärkte nicht mehr nur gegen das eine oder andere Land spekulieren, sondern die Euro-Zone insgesamt angreifen? In diesem Fall hätten die Europäer keine Rückzugsposition mehr. Aus diesem Grund sind sie der Ansicht, dass diese Frage nicht zum Grundsatz erhoben werden soll, umso mehr, als Eurobonds – in welcher Form auch immer – ansatzweise schon heute existieren und Eurobonds alleine auch nicht alle Probleme lösen können. Diese lauwarme Unterstützung der Eurobonds und die Opposition der nordischen Gewerkschaften zeigen, dass der starke äussere Druck der Solidarität in den eigenen Reihen enge Grenzen setzt.

### **Konsequenter Kampf gegen Lohndumping oder Suche nach Rückzugspositionen**

Ein weiteres Beispiel, das das Dilemma aufzeigt, in dem die europäische Gewerkschaftsbewegung steckt und das ihre Handlungsfähigkeit einschränkt, ist die Auseinandersetzung über eine bessere Koordination der Tarifpolitik und über eine europäische Mindestlohnpolitik. Die einen argumentieren, dass auf dem Weg zu einer gemeinsamen Währungs-, Fiskal- und Wirtschaftspolitik und in Anbetracht des europäischen Drucks auf Löhne und Arbeitsverhältnisse eine gemeinsame Strategie und Koordination unabdingbar seien.<sup>6</sup> Die anderen, die nicht an die Möglichkeit eines Kurswechsels der Politik in der EU glauben und ihre nationalen Modelle in Gefahr sehen, schrecken davor zurück und stehen auf die Bremse.

Aber es gibt eine weitere Konfliktlinie. Ein Teil der EGB-Führung und das Forschungsinstitut ETUI vertreten die Position, dass wenn der EGB sich stark für Eurobonds und für einen strengeren „reglementarischen gemeinsamen Rahmen“, de facto also für eine EU-Wirtschaftsregierung einsetzt, dann eine Einflussnahme der EU in die Lohnpolitik in Kauf zu

nehmen sei. In diesen äusserst schwierigen Zeiten solle der EGB die konsequente Haltung im Kampf gegen Lohndumping und Lohndeflation aufgeben und Hand für Kompromisse bieten, um die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzsalden zu korrigieren: mit „wage bonus“ (Lohn-Bonus) in den sehr wettbewerbsfähigen Ländern wie Deutschland, und mit „wage malus“ (Lohn-Malus) in den defizitären Ländern.<sup>7</sup> Gegen einen solchen Strategiewechsel, der die Tür für noch mehr Lohndumping und noch mehr Lohndeflation in Europa öffnen würde, hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) beim EGB protestiert.

Man sollte sich keine Illusionen machen: Die neuen Regeln der „economic governance“ werden einen Einfluss auf die vertragspartnerschaftlichen Beziehungen in den einzelnen Ländern haben, und dieser wird unter den heutigen politischen Verhältnissen in Richtung „Lohnwettbewerb nach unten“ gehen. Umso dringlicher wird die Koordination der europäischen Politik durch die Gewerkschaften. Folgende Optionen stehen zur Diskussion:

- Eine deutlich verstärkte Koordination der Tarifpolitik und der Lohnpolitik: Nach bisherigen Erfahrungen sind die Resultate bescheiden. Die Kenner der Materie wissen, dass es schon schwierig genug ist, eine wirksame Koordination solcher Politiken im nationalen Rahmen zustandezubringen. Aber ohne entsprechende Schritte nach vorne in den nächsten Jahren auch auf europäischer Ebene ist es schwer vorstellbar, dass die negative Spirale, welche die EU-Behörde schon voll in Gang gesetzt hat, gestoppt werden kann.
- Forderung von nationalen Rahmenvereinbarungen mit dem Ziel, die nationalen Tarifvertragssysteme, das Lohnniveau und die Tarifautonomie gegen EU-Angriffe zu verteidigen.
- Eine europäische Mindestlohnpolitik, die eine wirksame Form der Lohnkoordination in Europa werden könnte. Den ersten Vorstoss in dieser Richtung haben SGB und DGB schon am EGB-Kongress 2006 in Sevilla unternommen. Trotz beträchtlicher Widerstände ist eine solche Politik heute noch dringlicher geworden, um Lohndumping und Lohndeflation auf einem immer mehr zersplitterten und prekarierten Arbeitsmarkt zu bekämpfen. Für jedes Land wäre eine Norm zu fixieren, und diese Normen wären nach oben zu harmonisieren in Richtung eines bestimmten Prozentsatzes des Durchschnitts- oder Medianlohns (z.B. 60 Prozent).

Gegen eine solche Politik haben bis jetzt insbesondere die nordischen und die italienischen Gewerkschaften erfolgreich Obstruktion betrieben. Die einen, weil sie keine Einmischung in ihr heiliges „Nordisches Sozialmodell“ dulden; die Italiener, weil sie – bis jetzt – von einem Gerichtsurteil profitieren, das festhält, dass die Mindestlöhne in den jeweiligen Branchen-Tarifverträgen allgemein gültig sind. Beide scheuen sich vor gesetzlichen Mindestlöhnen und einer eventuellen Einflussnahme der EU. Sie ver-

drängen die Tatsache, dass durch den Krisenprozess wie auch aufgrund mehrerer Gerichtsurteile des Europäischen Gerichtshofes aus dem Jahr 2008 (z.B. das Urteil im Fall „Laval“<sup>8</sup>) auch diese Länder brutal eingeholt werden.

### **Bewegungsführung wohin?**

Die äusserst kontroversen Auseinandersetzungen zum wirtschafts- bzw. tarifpolitischen Kurs erklären zu einem guten Teil die Hindernisse auf dem Weg zu einer offensiven Gegenstrategie der Gewerkschaften. Die unterschiedlichen Auffassungen über Bewegungsführung kommen noch hinzu, wie sich am letzten EGB-Kongress von Athen deutlich zeigte. Zwei Anträge für Kampagnen, die das Potential gehabt hätten, eine echte koordinierte Gegenoffensive in die Wege zu leiten, standen zur Diskussion.

Die erste Kampagne mit dem Motto „Gleiche Löhne – Gleiche Rechte“ will den Kampf für die Arbeitnehmendenrechte, die fast überall unter die Räder gekommen sind, und den Kampf gegen das sich ausbreitende Lohn-dumping ins Zentrum stellen. Als Hebel für eine solche Kampagne hatte der SGB die Lancierung einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) unter dem Motto „Für ein Europa ohne Sozialdumping – Soziale Grundrechte vor Binnenmarktfreiheiten“ vorgeschlagen. Gemäss Lissabonner Verträgen kann die Initiative von mindestens einer Million Bürger/innen ab dem 1. April 2012 die EU-Behörden dazu bewegen, gesetzgeberisch aktiv zu werden. Eine solche EBI würde die EU beauftragen, Vorkehrungen zu treffen, damit der Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten sowie der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ nach dem Arbeitsortsprinzip in Zukunft in der EU allgemein gelten.<sup>9</sup> Im Zusammenhang mit den EuGH-Urteilen „Laval“ und „Rüffert“ würde das bedeuten, dass den entsandten Arbeitnehmern in Schweden schwedische und nicht lettische Löhne bezahlt werden, und dass in Deutschland auch polnische Unternehmen regionale Mindestlöhne einhalten müssen.<sup>10</sup>

Die Lancierung einer EBI würde ermöglichen, eine breite politische Sensibilisierung und Mobilisierung vor Ort, in den Betrieben und in ganz Europa herbeizuführen, was bis jetzt noch nie versucht wurde. Andere soziale Bewegungen und politische Kräfte könnten dafür gewonnen werden. Der EGB-Kongress hat dem Antrag für diese Kampagne im Prinzip zugestimmt und den Auftrag für deren Konkretisierung einer Arbeitsgruppe übertragen, er hat aber nicht grünes Licht für den verbindlichsten thematischen Hebel dazu gegeben, nämlich die Lancierung der vorgeschlagenen europäischen Bürgerinitiative. Der Einsatz eines solchen Instruments soll noch im Rahmen dieser Arbeitsgruppe geprüft werden. Die Bedenken und Widerstände kommen vor allem aus Ländern wie Frankreich, Belgien oder Italien, deren Gewerkschaftsorganisationen der Ansicht sind, es gehöre nicht zu ihrer Tradition, Unterschriften für eine Initiative oder eine Petition

zu sammeln. Manche von ihnen unterschätzen das Potential einer Volksinitiative, um den nötigen politischen Druck aufzubauen und die andauernde politische Blockade zu überwinden. Gerade weil die EU-Behörde kürzlich erneut bestätigt hat, dass sie nicht gewillt ist, die fragliche EuGH-Urteile zu korrigieren, stellt sich die simple Frage: „kapitulieren oder nicht“. Der einzige realpolitisch wirksame Weg gegen das Kapitulieren wäre eben jener einer EBI. Deswegen wird der SGB darauf insistieren.

Die zweite Kampagne betrifft die Antwort auf die herrschende Wirtschaftspolitik und auf die immer brutaleren Sparpläne im Rahmen des Euro-Paktes. Dringend nötig ist ein quantitativer und qualitativer Sprung in der europäischen Koordination der nationalen Demonstrationen und Streiks. Dies ist die Voraussetzung, um mit der Zeit einen politischen Kurswechsel herbeiführen zu können. Ohne Begeisterung hat der EGB-Kongress einen Antrag der Spanischen Bünde CC.OO und UGT akzeptiert, welcher den EGB und seine Mitgliederverbände auffordert, koordinierte europäische Streiks bis zu einem europäischen Generalstreik zu prüfen. Es ist zu befürchten, dass daraus wenig wird, wenn man sich die Zwischenergebnisse der eingesetzten Arbeitsgruppe „EGB-Kampagne“ anschaut. Verschiedene Faktoren wirken als Bremse. Vor allem die Schwächung der Gewerkschaften in manchen Ländern wiegt schwer, sie führt zu einem Rückzug in den nationalen Rahmen.<sup>11</sup> Die unterschiedlichen Krisenlagen zwischen den Überschussländern und den Defizitländern erschweren ausserdem die Formulierung von gemeinsamen und gleichzeitig vorgetragenen Forderungen.

### **Europa ja, aber anders!**

Die laufenden Kontroversen entbinden aber nicht von der Pflicht, alles zu tun, um eine positive Bewegungsperspektive zu entwickeln, da Vitales auf dem Spiel steht. An der Konferenz der Europäischen Föderation UNI (Dienstleistungsbranchen) in Toulouse vom 1.10.2011 wurde auf Vorschlag von Schweizer Delegierten ein neuer Anlauf genommen. Vorgeschlagen ist eine europäische Kampagne, die einen ersten Aktionstag im Frühjahr 2012 vorsieht und verglichen mit den bisherigen Aktivitäten einen qualitativen Schritt nach vorne bedeuten würde. Der Start würde in einer europaweiten symbolischen Aktion in Form eines „Europa-Alarm“ erfolgen, der auf „5 vor 12 Uhr“ angesetzt würde. Mögliche Slogans wären: „Arbeit! Lohn! Rechte! – statt Spekulation, Diktat und Totsparen!“, „Die Reichen sollen zahlen“, „Europa, aber anders“. Die Alarm-Aktion fände vorwiegend auf betrieblicher Ebene statt: Belegschaften werden zu Versammlungen im oder vor dem Betrieb aufgerufen, Alarmsirenen sollen heulen, die Mittagspause wird vorverlegt und eventuell auch verlängert. Diese Aktionsform ist für starke wie auch für schwache Betriebsgruppen der Gewerkschaften geeignet. Gleichzeitig kann der Alarm auch im wei-

teren öffentlichen Raum stattfinden und wahrgenommen werden. Der Europa-Alarm wäre als Kampagne zu konzipieren, d.h. er wäre wiederhol- und steigerbar.

Die Delegierten der grössten schweizerischen Gewerkschaft Unia haben einen ähnlichen Antrag an den Kongress der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter eingebracht. Mit oder ohne EGB ist es an der Zeit, dass die widerstandswilligen Kräfte in Europa das Zepter in die Hand nehmen. Auf dem Spiel steht nicht nur das „Soziale Europa“, sondern das Überleben der Gewerkschaften überhaupt als politisch ernstzunehmende soziale Gegenkraft auf unserem Kontinent! Der Einsatz der schweizerischen Gewerkschaften im europäischen Rahmen zielt auf gemeinsame Verantwortung und Solidarität im Interesse aller Arbeitnehmenden. In der Schweiz ziehen inzwischen Medien und viele Politiker/innen – keineswegs nur Rechtspopulisten – gegen die EU ins Feld und distanzieren sich von ihr. Dieses billige und populäre Spiel unterschlägt, dass die EU weiterhin den institutionellen Rahmen für Frieden und Wohlstand in Europa sichert, also auch in der Schweiz. Entweder gelingt es uns, zusammen mit unseren europäischen Kollegen/innen die zunehmenden Ungleichgewichte in der Einkommens- und Vermögensverteilung, die eigentlichen Ursachen der schweren Krise, durch einen politischen Kurswechsel zu stoppen und rückgängig zu machen – oder unsere Zukunft wird alles anderes als rosig sein.

## Anmerkungen

- 1 K. Busch/D. Hirschel: Europa am Scheideweg – Wege aus der Krise, Friedrich Ebert Stiftung, März 2011, S. 3. Siehe auch V. Pedrina, Die Schuldenkrise und die europäische Gewerkschaftsbewegung, Sozialismus 7/2011.
- 2 EU = Europäische Union; IWF = Internationaler Währungsfonds; EZB = Europäische Zentralbank.
- 3 Im gesamten öffentlichen und para-öffentlichen Sektor wurden die Tarifverträge durch ein einheitliches tieferes Lohnsystem ersetzt.
- 4 K. Busch/D. Hirschel, s. Anm. 1, S. 4.
- 5 EGB-Manifest von Athen (Mai 2011); EGB-Erklärung zur aktuellen wirtschaftlichen Lage (20.10.2011).
- 6 R. Bsirske, ver.di-Vorsitzender: Grundsatzrede am ver.di Kongress vom 20.9.2011.
- 7 Referat von Andrew Watt, European Trade Union Institute (ETUI), „Wage-setting: what it can and cannot do – Europe: what it does and does not need“, an der EU-Expert Conference „Wages Trends in Europe“ (Brussels, 15.9.2011).
- 8 Der Fall „Laval“ betrifft einen Konflikt auf der Baustelle einer Schule in Schweden, wo die lettische Firma „lettische Löhne“ bezahlt. Die Gewerkschaft organisierte eine Arbeitsblockade, um das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durchzusetzen, d.h. „schwedische Löhne“. Der EuGH verurteilte die Gewerkschaft und

- öffnete damit die Tür für die Verbreitung von Lohndumping in Europa.
- 9 Vgl. Alain Supiot, *L'esprit de Philadelphie – La justice sociale face au marché total*, Editions du Seuil 2010 (Deutsche Übersetzung vorhanden).
  - 10 Vgl. Paul Rechsteiner, *Verteidigung der Arbeitnehmer/innenrechte in Europa*. Für eine gewerkschaftliche Offensive, *Widerspruch* Heft 57, 2009.
  - 11 Auch in der Schweiz wäre es mehr als fraglich, ob Solidaritätsstreiks zugunsten der südeuropäischen Kollegen/innen zustande kämen. Dies trotz der starken Präsenz von MigrantInnen aus Süd- und Südosteuropa. Auf der anderen Seite zeigt die neu entstandene „Occupy“-Bewegung, dass die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen und die Widerstandskraft weltweit wachsen, auch in denjenigen Ländern, die von der Schuldenkrise und Austeritätspolitik bisher noch weitgehend verschont worden sind.

<p><b>express</b></p> <p>ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &amp; GEWERKSCHAFTSARBEIT</p>		<p>Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT Tel. (069) 67 99 84 <b>express-afp@online.de</b> www.express-afp.info</p>	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kimi Lee: »Verlinkung«, Generalstreik und Occupy Oakland</li> <li>• Jane Slaughter: »Knoten in der Kette«, über Einzelhandel, Logistik-Outsourcing und Leiharbeit in den USA</li> <li>• Iside Gjergji: »»Grüne« Sklaverei«, Photovoltaik statt Feldarbeit – MigrantInnen in der »Green Economy« Apuliens</li> <li>• Wolfgang Völker: »Der schwierige Sozialismus«, was die »Parteien der Arbeit« nicht hören woll(t)en, über »André Gorz oder der schwierige Sozialismus. Eine Einführung in Leben und Werk«</li> <li>• »Exemplarischer Ausstand«, Kampf gegen Outsourcing, Leiharbeit und Gewerkschaftskannibalismus bei der Charité in Berlin</li> <li>• Anne Allex: »Was den Unterschied macht«, »Schwamm drüber?« oder: »die andere Sozialisation« in der DDR und was aus ihr wurde</li> </ul>	<p>Ausgabe 11/11 u.a.:</p> <p>○ Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)</p>	